



Berlin, 27. April 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche stand die Gründung des Staates Israel vor 70 Jahren im Mittelpunkt. Was mit einer Heimstatt für das jüdische Volk begann, ist heute eine Erfolgsgeschichte. Israel feiert mit Stolz sein Jubiläum. Aus einer höchst unsicheren Zukunft entstand ein wichtiger Teil unserer westlichen Wertegemeinschaft. Deutschland steht dabei durch den Zivilisationsbruch der Shoah in einem einzigartigen Verhältnis zu Israel. Dass Israelis und Deutsche trotzdem zu Freunden wurden, macht uns sehr dankbar.

Die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jüdische Gemeinden und Einrichtungen in unserem Land von der Polizei geschützt werden müssen. Der Hass gegenüber Religionen und Antisemitismus dürfen bei uns keinen Platz haben. Am Mittwoch setzten in Berlin über 2000 Menschen mit einer Kundgebung unter dem Motto „Berlin trägt Kippa“ ein wichtiges Zeichen gegen den Antisemitismus.

Das Plenum hat in dieser Woche beschlossen, einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, um die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Wer unsere freiheitlich demokratischen Grundsätze missachtet und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, darf keine staatlichen Gelder erhalten.

Am Donnerstag verlängerte das Parlament drei Mandate der Bundeswehr. Als starker Staat zeigt Deutschland die Bereitschaft international Verantwortung zu übernehmen und ein verlässlicher Partner zu sein. Unseren Soldatinnen und Soldaten gebührt hohe Anerkennung. Sie leisten in enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten einen herausragenden Beitrag für unser Land.

Am Montag habe ich die Gewinner des Preises „Bundeswehr und Gesellschaft“ ausgezeichnet. Mit dem Preis werden Menschen und Institutionen geehrt, die sich für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Gesellschaft und der Bundeswehr einsetzen. Ich danke den Preisträgern von ganzem Herzen für ihr Engagement.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



## **Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 23. bis 27. April 2018**

### **70 Jahre Gründung des Staates Israel**

Anlässlich des 70. Jahrestags der Staatsgründung bekennen wir uns in historischer Verantwortung zum unumstößlichen Existenzrecht Israels und zur Bekämpfung jeglicher Form von Antisemitismus. Wir wollen die Beziehungen zu Israel weiterentwickeln. Hierzu gehören für uns insbesondere das Eintreten für israelische Sicherheitsinteressen, der Ausbau zivilgesellschaftlicher Dialogprogramme sowie das Festhalten an unserer Erinnerungskultur.

### **Einsetzung eines Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen**

Aufgrund der großen Bedeutung von neuem Wohnraum beschlossen wir die Einsetzung eines eigenen Bauausschusses. Damit können Fragen der Stadtentwicklung und der Kommunen fachgerecht behandelt werden.

### **Berufsbildungsbericht 2018**

Der Berufsbildungsbericht befasst sich mit der Entwicklung des deutschen Ausbildungsmarkts und dokumentiert die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Berufsbildung. Die diesjährigen Zahlen zeigen, dass sich der Ausbildungsmarkt weiterhin stabil entwickelt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit über 520.000 leicht angestiegen. Mittlerweile stehen 100 ausbildungssuchenden Menschen fast 105 Ausbildungsangebote gegenüber. Wir fördern die duale Ausbildung. Sie ist ein Schlüssel zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

### **Fortsetzung der Stabilisierungsmission in Mali**

Dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Mandats bis zum 31. Mai 2019 wurde zugestimmt. Die Mandatsobergrenze liegt bei maximal 1.000 einzusetzenden Soldaten. Der deutsche Einsatz konzentriert sich

vornehmlich auf Führung und Führungsunterstützung, Sicherung sowie Aufklärung, Lufttransport und -betankung. Unser Beitrag unterstützt die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Förderung des Friedensprozesses. Dabei hat die Stabilisierung des Norden Malis Priorität.

### **Fortsetzung der Operation ATALANTA**

Die EU-geführte Operation Atalanta hat in der Vergangenheit wesentlich zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias beigetragen. Gleichwohl bleibt die Sicherheitslage aufgrund des Bürgerkriegs im Jemen und mangelnder staatlicher Strukturen in Somalia volatil. Wir stimmten daher dem Antrag auf Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Mission um zwölf Monate bis zum 31. Mai 2019 zu. Die Mandatsobergrenze bleibt unverändert bei 600 Soldaten.

### **Fortsetzung der Ausbildung der malischen Streitkräfte**

In namentlicher Abstimmung beschlossen wir die Verlängerung des Mandats der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali bis zum 31. Mai 2019. Die EU-Trainingsmission ergänzt die Bemühungen der Mission der Vereinten Nationen MINUSMA und zielt speziell darauf ab, die malischen Streitkräfte und die gemeinsame Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten auszubilden, um deren Einsatzfähigkeit im eigenständigen Kampf gegen terroristische Strukturen zu verbessern. Die Obergrenze des Mandats wird um 50 Soldaten auf 350 erhöht. Damit tragen wir den zusätzlichen Aufgaben Rechnung, die mit der Übernahme der Missionsführung durch Deutschland ab November 2018 einhergehen.

### **Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung**

Bundestag und Bundesrat haben durch eine Grundgesetzänderung im Jahr 2017 die Möglichkeit geschaffen, gegen Parteien mit verfassungsfeindlichen Zielen Sanktionsmöglichkeiten unterhalb eines Parteienverbots beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Wir

werden beim Bundesverfassungsgericht beantragen, die NPD für die Dauer von 6 Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.

### Bericht der Bundesregierung zur Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Der im Jahr 2016 veröffentlichte Bericht zur Lage der Religionsfreiheit beschreibt anhand von typischerweise vorkommenden Verletzungen, wie das Menschenrecht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit weltweit durch staatliche und nichtstaatliche Akteure eingeschränkt wird. Der Bericht belegt die weltweiten Rechtsverletzungen unterschiedlicher Art. Besonders betroffen sind religiöse Minderheiten. Wir befürworten die im Koalitionsvertrag vereinbarte Fortschreibung des Berichts in zweijährigem Rhythmus.

Den Bericht können Sie hier lesen: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/216938/e3f300e6a5a2edb947648d2d36f53609/berichtreligionsfreiheit-data.pdf>

### Daten und Fakten

#### Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft auf neuem Rekordwert

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2016 knapp 282 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 2,8 Prozent beziehungsweise 7,6 Milliarden Euro. Die Zunahme der Investitionen ist insbesondere auf höhere Ausgaben für Bildungseinrichtungen sowie auf gestiegene Ausgaben für Forschung und Entwicklung zurückzuführen.

### In den Medien

Interview mit der BILD am Sonntag (22.04.2018)

<http://kurzelinks.de/7kkg>

### Im Ministerium



Preisverleihung „Bundeswehr und Gesellschaft“.

Die diesjährigen Gewinner sind das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium Leverkusen, die Stadt Storkow (Mark) in Brandenburg sowie die Vereine „Wiege der Bundeswehr Andernach“ und „Freundeskreis der Bundeswehr Waldkaserne“.

#### Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.ursula-von-der-leyen.de](http://www.ursula-von-der-leyen.de)

#### Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt, Bundeswehr: Sebastian Wilke; Bundeswehr: Jonas Weber